Spangenberger Zeitung.

Amtlicher Anzeiger für die Stadt Spangenberg.

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend nachmittag. Bezugspreis vierteljährlich frei ins Haus 1,20 Mk., durch den Briefträger gebracht 1,20 Mk., monatlich 40 Pfg.

Allgemeiner Anzeiger für Stadt und Land.

Telefon Nr. 27.

Schriftleitung, Druck u. Verlag

Telefon Nr. 27.

Hugo Munzer, Spangenberg.

Amtsblatt für das K. Amtsgericht Spangenberg

Anzeigen-Gebühr: Die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für auswärtige 20 Pfg., Reklamezeile 30 Pfg. Bei größ. Aufträgen entsprechenden Rabatt. Anzeigen bis Vorm. 9 Uhr erbeten.

Nr. 49. Sonntag, den 20. Juni 1920. 13. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Holzdiebstahl.

Leseholz darf nur an den festgesetzten Tagen — Holztagen — (Dienstag und Freitag) gesammelt werden. Soweit es sich um Holz handelt, das nicht mehr als Leseholz angesehen werden kann bedarf es eines Abraumzettels. Die Ausstellung des Abraumzettels ist bei dem zuständigen Förster zu beantragen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der gerichtlichen Bestrafung.

Die Aneignung von aufgearbeitetem Holz gilt als gemeiner Diebstahl. Dies ist auch der Fall, wenn es sich beispielweise nur um eine Fichtenstange von geringem Werte handelt. **Der Diebstahl kann nur mit Gefängnis bestraft werden.**

Spangenberg, den 18. Juni 1920.

Der Bürgermeister,
Schier.

An die aus Frankreich heimgekehrten Kriegsgefangenen.

Sofern die aus Frankreich heimgekehrten Kriegsgefangenen noch Guthabenscheine in der Hand haben, welche noch nicht bezahlt sind, ersuchen wir um sofortige Vorlage der Guthabenscheine bis spätestens den 22. d. Mts. behufs Geltendmachung der noch nicht gezahlten Beträge.

Melsungen, den 2. Juni 1920.

Hilfsausschuß für ehem. Kriegsgefangene.

Aus der Heimat.

△ **Spangenberg,** 19. Juni. **Gedenkfeier auf der Burg.** Am verflossenen Donnerstag fand auf unserer Burg die Gedenkfeier und die Enthüllung der Ehrentafel für die auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges gebliebenen ehemaligen Angehörigen der Forstschule statt. Aus allen Teilen unseres Vaterlandes waren frühere Schüler gekommen, um der Ehrung ihrer Kameraden beizuwohnen. Auch die Kapelle des Marburger Jäger-Bataillon 11, jetzt Infanterie-Schützen-Regiment 22 war bereitwilligst erschienen, um die Feier durch ihre Weisen zu verschönen. Nach „Wir treten zum Beten" richtete Forstschullehrer Grothe einige Begrüßungs- und Dankesworte an die Erschienenen. Er dankte vor allem denen, die durch namhafte Spenden das Ehrenwerk so gefördert hatten, daß es nunmehr vollendet dastehe. „Kein schönrer Tod ist in der Welt" durch die Musikkapelle leitete nun die eigentliche Feier ein. Forstmeister Kaufmann-Niederkallbach hielt die Gedächtnisrede auf die gefallenen Helden, die „den seligen Tod auf grüner Heid', dem Vaterland zu Gute" gestorben waren, worauf das Gedenktafel enthüllt wurde. Es folgten drei Ehrensalven durch die auf dem Wallgraben aufgestellten Forstjäger. Hierauf intonierte die Kapelle wunderbar und ergreifend die Weise des herrlichen Volksliedes: „Ich hatt' einen Kameraden." Dann legten Geheimrat Fitzau-Kassel namens der Regierungsforstbeamten, Forstmeister Martin-Waldau namens des Vereins preußischer Oberförster, Bürgermeister Kaufmann-Bauerbach namens des Vereins preußischer Staatsförster, Bürgermeister Schier namens der Stadt Spangenberg und Forstschüler Vizefeldwebel Werner namens der jetzigen Forstschüler prachtvolle Eichen- und Lorbeerkränze unter entsprechenden Ansprachen nieder. Die Kapelle spielte das wehmütige Lied: „Es ist bestimmt in Gottes Rat." Forstsekretär Fröse-Süllichau (Sachsen) übergab sodann die Ehrentafel dem Schulleiter Oberförster Kallmann, der sie mit tiefempfundenen Worten entgegennahm. Nach einem Schlußwort des Oberforstmeisters Fitze-Kassel wurde die stimmungsvolle und ergreifende Feier, die allen Teilnehmern unvergeßlich bleiben wird, mit dem gemeinsamen Gesang des Liedes: „Deutschland, Deutschland über alles" beendet. 100 Namen verzeichnet die Ehrentafel, die Namen der 4 Lehrer, Oberförster Büff, Revierhauseher Glänzer, Wagner und Hartmann und die Namen von 96 früheren Forstschülern. Vom Jahrgang 1907/08 sind elf, 08/09 zwölf, 09/10 elf, 10/11 elf, 11/12 neunzehn, 12/13 sechzehn und 13/14 sechzehn den Heldentod gestorben. „Vergiß mein Volk die teuren Toden nicht." Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß die Forstschule aus Anlaß der Gedenkfeier auch die Gräber ihrer im verflossenen Winter an der Grippe gestorbenen Kameraden mit frischen Eichenkränzen und Blumen geschmückt hatten.

— **Die Luxussteuer fällig!** Am 1. Juli d. J. wird zum ersten Male die neue erhöhte Luxussteuer fällig; im Gesetz ist vorgesehen, daß die Luxussteuer vierteljährlich zu zahlen ist, doch hat man den ersten Steuertermin bis auf den 1. Juli verschoben.

△ **Bestrafung eines Wucherers.** Der Kaufmann Paul Wiegand zu Heinebach wurde vom Wuchergericht zu Cassel wegen Schleichhandels mit Rindfleisch zu einem Monat Gefängnis und zu zweitausend Mark Geldstrafe verurteilt.

4 **Zum neuen Reichsversorgungsgesetz.** Wie der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener. Reichsgeschäftsstelle Berlin NW 6, Luisenstr. 31 b, aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, sollen die Ausführungsbestimmungen zum neuen Reichsversorgungsgesetz im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge vom 7. bis 9. Juli beraten werden. Es wird die Hauptaufgabe der Vertreter des Zentralverbandes sein, dafür zu kämpfen, daß durch die Ausführungsbestimmungen die vielen Härten des neuen Gesetzes möglichst gemildert werden. Ein Wegweiser durch das neue Reichsversorgungsgesetz neost Rententabelle, Preis 1,50 Mk. ohne Porto und Verpackung, kann von der Reichsgeschäftsstelle, Berlin NW 6, Luisenstr. 31 b, bezogen werden. Die Verbandsleitung hat eine Kommission gebildet, welche die Anträge des Zentralverbandes zu den Ausführungsbestimmungen formuliert und dem Reichsarbeitsministerium übermitteln soll. An den Beratungen sind namhaft Sozialpolitiker beteiligt. Anträge und Anregungen der Kameraden aus dem Land sind überaus erwünscht. Man wolle sie der sozialpolitischen Abteilung des Zentralverbandes übersenden, welche gleichfalls jede Renten- und Unterstützungssache unentgeltlich bearbeitet und über jede Angelegenheit Auskunft gibt.

× **Achtung, Oberschlesier!** Die im Kreise Melsungen wohnhaften Schlesier, welche für die im Juli d. J. stattfindende Volksabstimmung in Oberschlesien abstimmungsberechtigt sind, werden darauf hingewiesen, daß in Cassel, Ständeplatz Nr. 19 eine Bezirksgruppe der vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier besteht, die auf alle Fragen in der Abstimmungs-Angelegenheit nähere Auskunft und Rat gibt.

* **Die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung** wird vom 1. August 1920 an für alle Personen eingestellt, die seit 26 Wochen Unterstützung beziehen. Diese zeitliche Beschränkung bildet den ersten Schritt zum Umbau der Erwerbslosenfürsorge zur Arbeitslosen-Versicherung.

× **Die Maul und Klauenseuche** trit in diesem Jahr recht bösartig auf, indem viele Rinder daran verenden, was bei früheren Seuchengängen nicht der Fall war. Das Seuchengift zermürbt den Herzmuskel und die Tiere gehen unter dem gleichzeitigen Einfluß der augenblicklichen Hitze hauptsächlich an Herzschlag zu Grunde. Abgesehen von den Veränderungen an Maul, Klauen und Euter findet sich bei der Sektion der Tiere nichts wesentliches vor, außer, wie gesagt, der Zersetzung des Herzmuskels, der dadurch äußerst schlaff erscheint. Es empfiehlt sich dringend, Fenster und Türen der Ställe offen zu halten, damit den Tieren das atmen erleichtert wird. Nötigenfalls ist das schwerkranke Tier in der Scheune aufzustellen. Ferner kann der Herzschwäche durch starken Bohnenkaffee und ca. ½ Schoppen Branntwein begegnet werden.

+ **Preußische 242. Klassen-Lotterie.** Die amtliche Gewinnliste der 5. Klasse ist erschienen. Die Auszahlung der Gewinne bis 1000 Mark und Erneuerung der Lose zur nächsten Lotterie findet nunmehr statt. Die Ziehung der 1. Klasse der neuen Lotterie findet am 13. und 14. Juli statt.

§ **Pakete nach England.** Vom 15. Juni an werden Pakete nach Großbritanien zur Beförderung auf dem unmittelbaren Seeweg über Hamburg angenommen. Bei diesen Paketen ist auch Wertangabe zugelassen. Die Beförderung erfolgt zweimal wöchentlich (Mittwochs und Sonnabends). Ueber das nähere erteilen die Postanstalten Auskunft.

Hersfeld. Eine hiesige Hausfrau hatte kürzlich ein Dienstmädchen aus Cassel erhalten. Nunmehr erschien ein ein Kriminalbeamter und nahm das Mädchen mit, das sich als Hochstaplerin entpuppte und aus dem Gefängnis entwichen war

Eisenach. Wegen zahlreicher Einbrüche hatten sich acht Personen vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Das Gericht erkannte auf Strafen zwischen 3 Jahren und 1 Woche Gefängnis.

Frankfurt a. M. Ein vierzehnjähriger Schüle hat hier Schieberschwindeleien großzügigster Art verübt. Er bot Weinhandlungen Zucker für 1,80 Mark das Pfund an und verlangte Vorauszahlung bis zu 2000 Mark, die er auch erhielt. Der Zucker aber blieb aus.

— **Dillich.** An einer der nächsten Eisenbahnstationen wurde ein Schleichhändler ertappt, der die Speckseiten von einem Schwein auf der nackten Brust und die dünnen Bauchseiten um die Beine gewickelt trug. Die Gesinnung dieser gewissenlosen Leute ist so schlecht, daß sie nicht davor zurückschrecken, den ahnungslosen Leuten in den Städten auch noch obendrein die knappen und teuern Lebensmittel zu verekeln.

Dämmerstunde im Alten-Spital (Spangenberg).

Wohltätige Liebe, in edelem Triebe,
Gab hier einst den Müden ein Ruhe-Asyl
Dort liegt es geborgen, abseits aller Sorgen,
Für Alte und Müde ein lockendes Ziel.

Darinnen ein Walten ehrwürdiger Alten,
Als sei's auf den Himmel zu warten ein Raum.
Durch Stübchen in Reihe, geht sanft eine Weihe,
Gleich einem Großmütterleins seligen Traum.

Und wenn dann da draußen die Tagwerke pausen,
Wenn Sonne die Erde zum Nachtgrüße küßt,
Dann ziehen die laut'ren Alt-Pfründner zum Plaudern,
Das ihnen beschaulich den Abend versüßt.

Dann lesen und stricken und plaudern und nicken
Die stillen Matronen im Alten-Spital,
Es ruhen die Sorgen, bis wieder am Morgen
Die Sonne weckt freundlich das liebliche Tal.

Sie sitzen und nippen mit welkenden Lippen
Den duftenden, bräunlichtn Gastfreundschaftstrank.
Ein Hauch von Mixturen für Aiteleut-Kuren
Das Stübchen durchzieht vom Kleinodienschrank.

Darinnen Goldtassen, auf Spitzen-Terassen,
Mit Blümlein und minnigen Sprüchlein bemalt.
Schatullen mit Ringen und sonstigen Dingen
Dazwischen, in alter, beredter Gestalt.

Und zierliche Fläschchen und Buntperlentäschchen,
Zier-Büschen und Körbchen und altes Geschmeid,
Das alles im Schranke spinnt manchen Gedanke
Zurück bis zu rosiger Jungfrauenzeit.

Die Züge der Alten, ob auch schon in Falten,
Erzählen von einstiger Herrlichkeit noch.
An Wangen die Löckchen, wie silberne Glöckchen,
Bekunden von jahre-beladenem Joch.

Bunt-Wicken und Nelken am Tische verwelken,
Als liebliche Gaben vom Stiftsgarten-Beet,
Die Alten sie pflücken, zu stillem Beglücken,
Wenn einmal ihr seelischer Gleichklang verweht:

Wie selten hienieden, hüllt Feiertagsfrieden,
Sanft alles in Stübchen so weihevoll ein.
Und Glück, das erjagte, im Lebeu versagte,
Will hier sich geläuterten Herzen erst weihn. —

So heute hinüber und morgen herüber
Das Dämmerungs-Plaudern die Stübchen durchgeht,
Bis dann in die Halle mit mahnendem Schalle,
Ein Glöcklein ruft Alle zum Abendgebet. —

Dann lächelt der Sonne letzt-dämmernde Wonne,
Um's stille gewordene Alten-Spital,
Dann strahlt noch ein Segen, ein Hoffnungserregen,
Verheißend vom Stift zu den Müden ins Tal.

Adam Siebert.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 20. Juni 1920.
3. Sonntag nach Trinitatis.

Gottesdienst in:

Spangenberg:
Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Schönewald.

Elbersdorf:
Vormittags 10 Uhr: Lesegottesdienst.

Schnellrode:
Nachmittags 1 Uhr: Pfarrer Schönewald.

Letzte Nachrichten.

Die Mandate der Reichsliste.

Die amtliche Sitzung, in der die Reststimmen verteilt wurden, ergab, wie die „Post" mitteilt, folgende Ergebnisse: Deutschnationale Volkspartei 9 Sitze (damit wächst die Zahl der Abgeordneten der Deutschnationalen auf 66), Deutsche Volkspartei 8, Zentrum 6, Demokraten 8, S. P. D. 8, U. S. P. D. 7, K. P. D. 1, Christl.-Föderalistische Partei 3, Bayer. Bauernbund 1 Sitz. Im ganzen sind nach der amtlichen Feststellung 466 Abgeordnete gewählt.

Flensburgs Befreiungstag.

Die zweite Zone wieder deutsch.

— Flensburg, 17. Juni.

Der 17. Juni 1920 wird in der Geschichte Schleswig-Holsteins künftighin ein Marksteinbleiben. An diesem Tage feierte Flensburg und die ganze zweite Zone den Tag seiner Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterland. Um Mitternacht bereits verkünideten die Glocken der Stadt, daß Flensburg wieder deutsch sei. Eine Stunde zuvor hatte der Generalsekretär der Internationalen Kommission Flensburg als letzter verlassen. Am Morgen prangte die Stadt im reichsten Flaggenschmuck. In der Frühe fanden Schulfeiern statt, dann in allen Kirchen Dankgottesdienste, an denen auch die beiden Minister Dr. Köster und Severing teilnahmen.

Der Einzug der Truppen.

Lange vor Beginn der Begrüßungsfeier auf dem Südermarkte hatte sich eine ungeheure Menschenmenge angesammelt. Vor der Nikolaikirche im Hintergrunde des Platzes versammelten sich die Vertreter der Stadt, der Oberpräsident und Vertreter anderer Behörden. Flankiert wurde diese Gruppe von 300 Kieler Studenten, Vertretern aller Verbände in vollem Wichs mit ihren Fahnen. Der Höhepunkt des Tages war der Einmarsch der Truppen. Gegen 11 Uhr begannen die Glocken zu läuten, die Musik setzte ein. Durch ein Spalier von Tausenden von Schulkindern zogen die deutschen Truppen, Marinemannschaften und Reichswehr, unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung in die Stadt. Die Soldaten waren über und über mit Blumen geschmückt. Der Einmarsch gestaltete sich zu einem wahren Triumph. Stürmische Hurras und Tücherschwenken empfingen die deutschen Truppen. Nachdem die Truppen Aufstellung genommen hatten, sang die Menge das Niederländische Dankgebet.

Dann nahm Oberbürgermeister Dr. Todsen das Wort und gab der Freude Flensburgs Ausdruck, jetzt wieder mit dem Vaterland vereinigt zu sein. Es sei eine heilige Freude, die nur getrübt werde durch den Gedanken an unsere deutschen Volksgenossen in der ersten Zone. Aber, so fuhr er fort, wir wollen auf die alte schleswig-holsteinische Treue bauen, wir wollen den deutschen Brüdern jenseits der neuen Grenze die Treue halten und haben die Zuversicht, daß auch für sie der Tag kommen wird, an dem ihr nationales Selbstbestimmungsrecht Anerkennung findet. Ein dreifaches Hoch auf dasheißgeliebte Vaterland schloß die Ansprache.

Die Ansprachen der Minister Köster und Severing.

Nach dem Liede „Deutschland, Deutschland über alles" begrüßte der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Köster im Namen der Reichsregierung und des ganzen deutschen Volkes Flensburg und seine Bewohner sowie die der zweiten Zone. Es sei ein Sieg des Rechts gewesen, der hier erfochten wurde; der Sieg der Idee des Selbstbestimmungsrechts, die hier zu ersticken drohte im Schlamme des Egoismus. Hier habe man einen Triumph unseres neugeborenen Nationalbewußtseins erlebt. Flensburg werde wieder ein Teil des großen einheitlichen Reiches sein, ein Pfeiler des neugeborenen Schleswig-Holstein. Die Treue der Schleswig-Holsteiner zu ihrem Heimatlande habe Deutschland seine Nordmark gerettet. Der Minister schloß mit einem Hoch auf Schleswig-Holstein, und die Menge stimmte das Schleswig-Holsteinlied an. Damit war die Feier zu Ende und die Truppen rückten in ihre Quartiere.

Anschließend gab die Stadt zu Ehren ihrer Gäste ein Festessen, an dem etwa 80 Personen teilnahmen. Nach einer Begrüßung durch den Oberbürgermeister hielt der preußische Minister des Innern Severing eine längere Ansprache, in der er der großen Freude gedachte, die die Stadt Flensburg dem ganzen deutschen Volke am 14. März, dem Tage der Abstimmung, und jetzt am Tage der Wiedervereinigung mit dem Mutterlande bereite. Er werde sich dafür einsetzen, daß Flensburg den Freihafen bekomme, der dem Handel und dem Verkehr die Wege ebnet. Er glaube es im Namen aller Staatsminister sagen zu dürfen, daß der Staat bestimmt Zuschüsse machen werde. Auch das schleswig-holsteinische Volk müsse Selbstbestimmung haben. Die gesetzgeberischen Vorschläge seien bereits an die preußische Volksvertretung gelangt. Der Minister schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Stadt Flensburg, das Wahrzeichen der deutschen Treue.

Nach dem Minister sprach als Vertreter der Reichswehr der Generalmajor Freiherr von Reitzenstein, nach ihm Vertreter der Marine und der Sicherheitspolizei. Am Nachmittag begab sich die Gesellschaft mit Torpedobooten nach Mürwick, wo ein Vertreter der Reichsmarine im Namen der Marine von der Station wieder Besitz nahm. Darauf wurde unter Musik die deutsche Flagge wieder gehißt.

Der Glückwunsch des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident ließ dem Oberbürgermeister der Stadt Flensburg folgendes Telegramm zugehen:

„Anläßlich der Rückkehr der alten deutschen Stadt Flensburg und der zweiten Zone zum deutschen Mutterlande bitte ich Sie, Herr Oberbürgermeister, der Bevölkerung meinen herzlichsten Glückwunsch auszusprechen. Die unwandelbare Treue und die feste Zuversicht der deutschen Grenzmark haben nach langen Monaten bangen Harrens zum Erfolge geführt. Flensburg und die zweite Zone sind nun auf immer mit dem deutschen Vaterlande wieder verbunden, dessen Regierung Treue mit Treue vergelten wird."

Sturmzeichen in der Pfalz

Neue französische Gewaltakte befürchtet.

Halbamtlich wird aus München gemeldet: Die Lage in der Pfalz droht zu einer Katastrophe auszuwachsen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die französische Besatzungsbehörde die längst vollzogene Verhaftung sozialistischer Arbeiterführer zu einer Machtprobe ausnützen will. In Ludwigshafen sind Truppenverstärkungen eingetroffen. Stärkere Patrouillen mit Maschinengewehren durchziehen die Stadt. Harmlose Passanten werden auf ihre Ausweise geprüft. Bekanntmachungen verlangen die Ablieferung versteckter Waffen, die Verhängung des Belagerungszustandes über die Pfalz wird befürchtet.

In Ludwigshafen wurden Freitag morgen in aller Frühe von den französischen Besatzungsbehörden neue Verhaftungen von Arbeiterführern vorgenommen. Es wurden aus den Betten heraus verhaftet Stadtrat und Arbeitersekretär Rauschert, der Stadtrat und Metallarbeiterverbandsbeamter Fischer und Eisenbahnverbandsbeamter Baum, der Führer der Unabhängigen. Die Verhaftungen sind offenbar erfolgt, weil diese Arbeiterführer in den letzten Versammlungen unter freiem Himmel Ansprachen an die Massen hielten und das Vorgehen der Besatzungsbehörden verurteilten. Die Verhafteten wurden in Autos durch die Franzosen aus dem Weichbild der Stadt Ludwigshafen entfernt. Um der Bevölkerung den nötigen Respekt beizubringen, ist eine große Kavallerieabteilung, mit Maschinengewehren bewaffnet, in Ludwigshafen eingezogen.

Die Arbeiterschaft hat mit dem Generalausstand im ganzen besetzten Gebiet der Pfalz gedroht, wenn die verhafteten Arbeiterführer nicht sofort freigelassen werden. Eisenbahn, Straßenbahn, Gas- und Wasserwerke, kurz alle Betriebe und Fabriken werden stillgelegt. Die Arbeiterschaft der Pfalz erwartet unmittelbar Antwort auf ihren Protest wegen der Verhaftung, und dann wird es sich zeigen, ob in der Pfalz der französische Militarismus neue, vielleicht blutige Triumphe feiert, wie seinerzeit im Ludwigshafener Postamt, oder ob doch noch Vernunft und Menschlichkeit den Sieg davontragen. Wie man hört, soll bei Ausbruch des Generalstreiks der Belagerungszustand verhängt werden.

*

Neue Verhaftung in Wiesbaden.

Der erste Vorsitzende des rheinischen Metallarbeiterschutzverbandes, Direktor E. Abigt, ist von den Franzosen verhaftet worden unter der Beschuldigung, einen Brief politischen Inhalts an den preußischen Ministerpräsidenten gesandt zu haben. Der Brief ist aus den Akten des Regierungspräsidenten entwendet und den Franzosen in die Hände gespielt worden. In der Bevölkerung Wiesbadens herrscht über diese Maßnahme der Franzosen große Erregung.

Französische Lohnpolitik im Saargebiet.

Die „Frankfurter Zeit" meldet aus Saarbrücken: Die Verhandlungen über die Höhe der Bergarbeiterlöhne im Zusammenhang mit der Einführung von Frankenlöhnen im Saarbergbau haben zu folgendem Ergebnis geführt: Hauer erhalten 20 Franken, sonstige Untertagearbeiter 18, Schichtlöhner 18,75, Jugendliche 14 Franken. Da Lebensmittelzuschüsse wegfallen, bedeuten die Sätze eine Verschlechterung.

Der französische Leiter des neu errichteten Oberbergamtes Saarbrücken hat vier deutschen höheren Bergrevierbeamten gekündigt und die Bergpolizei den Obersteigern unter Verdoppelung der deutschen Gehaltssätze übertragen. Beide Berghaubeamtenverbände haben bei der Saarregierung Einspruch erhoben, allerdings ohne Erfolg.

Französische Handelskammer für die Rheinlande.

Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat sich dort mit Genehmigung des französischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und des französischen Handelsministeriums eine französische Handelskammer für die Rheinlande gebildet. Die Handelskammer wird ihren Sitz in Paris haben, aber in den verschiedenen Rheinstädten Büros errichten.

Die schwarze „Mustertruppe".

Der französische Kriegsminister verteidigt die braven Senegalesen.

In der letzten Sitzung der französischen Kammer erhob der Kriegsminister Lefevre Widerspruch gegen die Angriffe von deutscher Seite auf die schwarzen Truppen, das heißt die Senegalesen. Diese gäben keinen Anlaß zu Beschwerden (!) seitens der Bevölkerung, hielten vielmehr Disziplin und achteten die Bewohner. Die von ihnen hervorgerufenen Zwischenfälle seien weniger zahlreich als die bei anderen Truppen.

*

Es gehört fürwahr schon ein starkes Stück Unverfrorenheit dazu, zu behaupten, die schwarzen Truppen gäben keinen Anlaß zu Beschwerden. Daß auch die anderen Truppen, z. B. die Marokkaner, keine Engel sind, beweist folgendes neue Beispiel:

— Frankfurt, 18. Juni. Erst jetzt wurde, wie der „Frankfurter Zeitung aus Limburg berichtet wird, eine schwere Gewalttat der französischen Besatzungstruppen bekannt, die sich am Pfingstsonntag bei der Kirche an der Landstraße zwischen Wiesbaden und Limburg ereignet hat. Vier Marokkaner von dem dort an der Grenze des besetzten Gebietes aufgestellten Posten überfielen gegen Abend zwei Mädchen aus dem benachbarten Limbach. Während es einem Mädchen gelang, sich loszureißen, wurde das andere Mädchen hinter das Gebäude geschleppt und von den Unholden der Reihe nach vergewaltigt. Die Empörung der dortigen Bevölkerung ist um so begreiflicher, als der im vergangenen Sommer in unmittelbarer Nähe begangene Lustmord an einem aus Limbach stammenden Mädchen, der nach glaubwürdigen Anzeichen ebenfalls von Farbigen begangen wurde, noch ungesühnt ist.

Was sagt der französische Kriegsminister zu dieser neuen Leistung seiner tapferen Truppen?

*

Das Willkürregiment in Wiesbaden.

Die „Wiesbadener Neuesten Nachrichten" sind von der französischen Besatzungsbehörde bis mit 20. Juni verboten worden. Die Ursache des Verbots ist die Stellungnahme des Blattes gegen die schwarzen Truppen im besetzten Gebiet.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 18. Juni 1920.

— Die Reichsregierung hat den Mehrheitssozialisten Ernst Mehlich zum Reichs- und Staatskommissar für Westfalen und Düsseldorf mit dem Amtssitz in Dortmund ernannt.

— Der Reichsausschuß der deutschen Demokratischen Partei ist für den 23. Juni zu einer wichtigen Sitzung nach Berlin einberufen. Es handelt sich um die Stellungnahme dringender hochpolitischer Angelegenheiten.

— Die Rheinische Zentrumspartei erhielt im Wahlkreis Koblenz-Trier noch einen weiteren Abgeordneten, der auf den Winzer Vellin entfällt.

*

:: **Noch keine Regierung.** Auch bis Freitag abend war es den Zentrumsabgeordneten Trimborn und Fehrenbach noch nicht gelungen, eine neue Regierung zustande zu bringen. Die Dinge liegen so, daß die Ausscheidung nunmehr von den Demokraten abzuhängen scheint. Bisher ist nur die Teilnahme des Zentrums an der neuen Regierung sicher. Die Deutsche Volkspartei hat gleichfalls prinzipiell ihre Bereitschaft bekannt gegeben. Die Kabinettsbildung hängt jetzt von dem Verlauf der Verhandlungen zwischen Fehrenbach und den Demokraten ab. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen nicht, daß die Demokraten sich einer bürgerlichen Koalition der Mitte widmen werden. Vielmehr hält man die Strömungen innerhalb der demokratischen Fraktion, die gegen ein solches Kabinett arbeiten, für nicht stark genug, um sich durchsetzen zu können. In parlamentarischen Kreisen, die dem Präsidenten Fehrenbach nahestehen, wird bezweifelt, daß auch die Mehrheitssozialisten in gewisser Hinsicht zum Nachgeben bereit seien. Sie würden mindestens so lange wohlwollende Neutralität bewahren, bis die Spaa-Verhandlungen erledigt seien.

:: **Neuer Uebergriff der Polen.** Dr. von Holtum, der Geschäftsträger der Zentrale für Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien im westpreußischen Abstimmungsgebiet, ist in der Nacht zum 17. in Bromberg, Hauptstadt im polnischen Korridor aus dem Schlafwagen heraus verhaftet worden. Irgendwelche Gründe für diesen unerhörten Uebergriff der polnischen Behörden sind nicht bekannt. Deutlich aber ist zu erkennen, daß die Polen mit der Verhaftung Dr. von Holtums die Abwickelung der deutschen Vorbereitungen zur Wahl erschweren wollten. Verträge, die die Sicherheit des Passierens durch den Korridor garantieren sollen, sind für sie nur dazu da, gebrochen zu werden. Irgendwelche Papiere hat Dr. von Holtum, der stets eine sehr ruhige Haltung im Abstimmungskampf bewahrte, nicht bei sich. Die deutsche Regierung hat sofort eine Protestnote nach Warschau und an die Interalliierte Kommission in Marienwerder gesandt. Die Interalliierte Kommission soll zwischen die erforderlichen Schritte zur Freilassung Dr. von Holtums getan.

:: **Der Reichspräsident an die Marine.** Reichspräsident Ebert hat an die Reichsmarine einen Erlaß gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Allen denen, die in den Tagen der Unruhen treu zur Reichsverfassung und zur verfassungsmäßigen Regierung gestanden haben und denen, die sich um Erhaltung von Ruhe und Ordnung in der Marine und um die Weiterführung der Dienstgeschäfte in der Zwischenzeit bemühten, spreche ich hiermit den Dank des Vaterlandes aus. Der Dienst in der Marine ist freiwillig. Wer den Dienst auf sich nimmt, muß aber die Pflichten, die die Verfassung, Gesetze und Dienstordnung auferlegen, gewissenhaft erfüllen. So fordere ich alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften auf, die dazu gehören zu schließen zu treuer Mitarbeit am Wiederaufbau der Marine zum Besten des Vaterlandes und seiner Zukunft."

:: **Das neue sächsische Wahlgesetz** wird ein gewisses Über der Wahl zum Reichstag wesentlich verändertes Verfahren vorschlagen. Es ist eine veränderte Abgrenzung der Wahlkreise vorgesehen, und zwar derart, daß Sachsen in zehn Wahlkreise eingeteilt werden soll. Die Zahl der Abgeordneten wird wie bisher 96 betragen, die auf Wahlkreis- und Landeslisten gewählt werden. Die Ermittelung der Mandate soll folgendermaßen geschehen: Die in den zehn Wahlkreisen insgesamt abgegebenen Stimmen werden zusammengezählt und die Endsumme durch 96 geteilt. Dann gelten zunächst als gewählt so viel Kandidaten der einzelnen Parteien, wie Mal die betreffende Partei im Wahlkreise den Quotienten erfüllt hat. Die übrigen Stimmen werden auf die Landeslisten abgegeben. Die Verteilung der Mandate auf Grund der für die Landeslisten abgegebenen Stimmenzahlen geschieht dann, indem die von sämtlichen Parteien auf die Landeslisten abgegebene Gesamtstimmenzahl geteilt wird durch die Zahl der bei den Wahlen im Wahlkreise nicht verwendeten Mandate.

:: **Die Paßbestimmungen für Marienwerder** wurden jetzt von der Interalliierten Kommission für die Abstimmung im Abstimmungsgebiet Marienwerder bekannt gegeben: Niemand darf das Abstimmungsgebiet betreten, ohne im Besitze eines ordnungsmäßigen und mit Lichtbild versehenen Passes zu sein. Die für das Abstimmungsgebiet ausgefertigten Pässe sind am Reisesorte den diplomatischen und konsularischen Vertretungen, welche während der Dauer der Reg.- und Verwaltungsbefugnisse der Interalliierten Kommission den Schutz der Interessen der aus dem Marienwerderschen Gebiete Stammenden übernommen haben, zur Ausfertigung des Sichtvermerks vorzulegen. Falls sich an dem betreffenden Orte keine italienische Vertretung befindet, sind zur Erteilung des Sichtvermerks die diplomatischen und konsularischen Vertretungen derjenigen Staaten berufen, welche bei der Interalliierten Kommission vertreten sind. Auch dann, wenn sich dort keine diplomatischen und konsularischen Vertretungen befinden, der Sichtvermerk durch den Offizier ausgestellt werden, welcher die militärischen Missionen beseligt, oder durch die Mitglieder der Missionen der Entente, welche sich am Plage befinden. Auch kann der Sichtvermerk unmittelbar durch

Interalliierte Kommission (Departement des Innern) oder durch die Kontrolloffiziere erteilt werden. Außerhalb des Gebietes werden zum Visieren der Pässe bestimmt aus Berlin: Königlich italienische Botschaft, Danzig: Französischer Konsul bis zum Eintreffen des italienischen Konsuls, Königsberg: Major Fergusson, Interalliierte Kontrollkommission. Der für diese Pässe ausgestellte Sichtvermerk besitzt eine Gültigkeit von drei Monaten. Für jeden Sichtvermerk wird eine Gebühr von fünf Mark im Gelde des Landes zahlbar erhoben.

Neuaufleben des Friesenthings. In West- und Nordfriesland ist, wie dem „Berliner Lokal-Anzeiger" geschrieben wird, eine Bewegung im Gange, welche die Wiedereinführung der einst berühmten „Friesenthings", das ist friesischer Landtage, bezweckt, wie sie in alten Zeiten am Upstallsboom bei Aurich vom Friesenvolke abgehalten wurden. Es ist zunächst die Gründung eines „Internationalen west-ostfriesischen Bundes" geplant, die voraussichtlich der Verein „für Volkstum und Heimatgeschichte in Leer in Ostfriesland in die Hand nehmen wird. Die Aufgaben des „Friesenthings" sind zunächst kultureller Art; man denkt aber bereits an einen Zusammenschluß aller Friesen und an die Gewinnung politischer Bedeutung. Nordfriesland ist auf etwa 38 000 Einwohner zu schätzen, von diesen sprechen etwa 20 000 deutsch, 16 000 friesisch und 2000 dänisch.

Die Reichsschulkonferenz scheint mit einem Mißklang auseinandergehen zu sollen. Man hatte sich in den Ausschüssen über die zwei wichtigsten grundlegenden Materien, die des Schulaufbaues und die der Lehrerbildung, nicht einigen können und keine Uebereinstimmung in bezug auf die dem Plenum vorzulegenden Leitsätze erzielt. Darauf wurde dem Plenum die Frage vorgelegt, ob in der Vollversammlung diese wichtigsten Gegenstände zur Abstimmung kommen sollten. Das Plenum lehnte jedoch jegliche weitere Verhandlung und Abstimmung über diese Gegenstände mit etwa 70 Stimmen Mehrheit ab, nachdem der Leiter der Schulkonferenz Staatssekretär Schulz immer wieder betont hatte, daß alle Beschlüsse der Konferenz nur rein gutachtlichen Charakter haben und nur als Material für die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften aufzufassen sind.

Rundschau im Auslande.

Die polnische Regierung sieht mit Rücksicht auf die letzten Ereignisse auf die Dauer von drei Monaten über Warschau den verschärften Ausnahmezustand verhängen und eine Militärdiktatur errichten.

Der Abschluß eines finnisch-russischen Waffenstillstandes ist an den von den Russen vorgelegten Bedingungen gescheitert.

Am 23 Juni findet in Paris eine internationale Handelskonferenz statt, zu der sich bis jetzt außer Frankreich Amerika, England und Belgien angemeldet haben.

Die französische Delegation für Spaa wird am 3. Juli unter Führung Millerands Paris verlassen. Die Delegation besteht aus 55 Mitgliedern.

Aus Amerika wird ein rapider Preissturz gemeldet. Die Preise für Kleidungsstücke und Schuhwaren sind teilweise um mehr als die Hälfte gesunken.

Türkei: Schlacht vor Konstantinopel.

7000 türkische Nationalisten unter der Führung Mustafa Kemal Paschas haben die englischen Verteidigungslinien bei Ismid, am gleichnamigen Golf des Marmarameeres, etwa 70 Kilometer südöstlich von Konstantinopel, angegriffen. Eine schwache Abteilung englischer Truppen wurde von den Türken umzingelt. Der englische Oberbefehlshaber verhandelte mit den Nationalisten, die ihm freien Abzug gewährten. Die Vorhut kam unbehelligt durch, aber auf die Hauptabteilung eröffneten die Nationalisten heimtückischer Weise das Feuer, verwundeten 30 Mann und nahmen den englischen Nachrichtenoffizier gefangen. Hilfe ist sofort abgesandt worden. Ein englisches Kriegsschiff hat die Stellungen der Nationalisten mit Granaten beschossen und sie dadurch bei der Verfolgung aufgehalten.

Persien: Bolschewismus in Persien.

Die „Times" melden aus Teheran: Der Rote revolutionäre Ausschuß von Persien meldet in einer Proklamation die Ausrufung der Räterepublik in Reschd. Die persischen Bolschewisten haben in Telegrammen an die amerikanische und die französische Gesandtschaft die Errichtung eines Roten Ausschusses und die Abschaffung der Monarchie bekannt gegeben und gegen die fortdauernde Anwesenheit der englischen Truppen in Persien protestiert. Der Ausschuß beschloß ferner, alle zwischen der englischen und der persischen Regierung geschlossenen Abkommen für nichtig zu erklären.

China: Revolutionäre Unruhen in China.

„Havas" verbreitet eine Meldung der „Morning Post" aus Schanghai, wonach General Tan Yen Kai die Hauptstadt der Provinz Hunan genommen hat. Mit Rücksicht auf die durch den Bürgerkrieg in China verursachte unsichere Lage hat Japan Kriegsschiffe nach China gesandt, um die japanischen Untertanen zu schützen.

Lokales.

Pünktliche Abholung von Militärrenten. Empfänger von Militär-Versorgungsgebührnissen (Pensionen, Renten und Hinterbliebenenbezügen) werden an die pünktliche Abholung ihrer Gebührnisse am kommenden Hauptzahltag — 29. Juni — erinnert. Für die glatte Abwickelung des Rentenzahlgeschäftes bei den Postanstalten ist die pünktliche Abhebung der Beträge unbedingt notwendig. Empfänger, die zur Abholung am Hauptzahltage nicht in der Lage sind, werden dringend ersucht, unter allen Umständen die Beträge spätestens noch im Fälligkeitsmonat — Monat Juli — abzuheben.

Eine Greisin verbrannt. In Seifersdorf, Kreis Bunzlau, brach beim Stellenbesitzer Krause Feuer aus, das die ganze Wohnung in Asche legte. Leider kam die 70 Jahre alte Mutter des Besitzers in den Flammen um, während zwei aufs höchste gefährdete Kinder gerettet werden konnten.

Kleine Nachrichten.

* In Berlin haben 15 000 Fernsprechteilnehmer ihre Anschlüsse gekündigt, weil sie die neue Telephonanleihe nicht tragen wollen.

* In Stallupönen (Ostpreußen) hat das Gewerkschaftskartell, da der von ihm an den Kreisausschuß gestellten Forderung auf sofortige Beurlaubung zweier Bürgervorsteher nicht entsprochen wurde, den Generalstreik verkündet. Die Bürger traten darauf hin in einen Abwehrstreik ein.

* Die fünf Mühlen von Meaux bei Paris, die im 16. Jahrhundert gleichzeitig mit der Brücke erbaut waren, sind abgebrannt.

Gerichtssaal.

Rätebürgermeister vorm Volksgericht. Der Rätebürgermeister von Rosenheim in Oberbayern, einer Stadt, die von den Kommunisten auf das gemeinste drangsaliert worden ist, der Arbeitersekretär Göppert, ist vom Volksgericht zu Braunstein wegen Beihilfe zum Hochverrat zu sechs Monaten Festungshaft und wegen Amtsanmaßung zu 200 Mk. Geldbuße verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte 1½ Jahr Festungshaft beantragt. Dabei erklärte das Volksgericht einstimmig, daß von dem Angeklagten ein ganz anderes Maß von Verantwortlichkeitsgefühl zu verlangen sei als von dem Schneider Langenegger, einer besonderen Radaugröße Rosenheims, den plötzlich der Revolutionskoller befallen habe. Als dieser Heuge aus der Haft vorgeführt wurde, steckte er seinem Haftkollegen Kopp, dem Rätediktator Rosenheims, einen beschriebenen Zettel (Kassiber) zu, den dieser sofort verschluckte.

Eine Großmutter als Mörderin. Die Arbeiterfrau Schneider aus Fraustadt hatte sich vor dem Glogauer Schwurgericht als Kindesmörderin zu verantworten. Sie hatte ihr dreieinhalbjähriges Enkelkind, das ihr von ihrer Tochter in Pflege übergeben worden war, nachts erdrosselt. Die Angeklagte war geständig und gab an, daß sie in der Not gehandelt habe. Die Geschworenen verurteilten sie zum Tode, beschlossen aber, ein Gnadengesuch für die Verurteilte einzureichen.

Prozeß Scheidemann — Sonnenfeld. Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I Berlin hatte sich Hermann Sonnenfeld sen., wegen Beleidigung des jetzigen Oberbürgermeisters von Kassel, Philipp Scheidemann zu verantworten. In der „Deutschen Zeitung" war unter der Ueberschrift „Der Fall Scheidemann—Sklarz" ein Artikel erschienen, in welchem eine Erklärung des Angeklagten Sonnenfeld sen. wiedergegeben wurde des Inhalts, daß auch ihm gegenüber seinerzeit von einer Herrn Scheidemann sehr nahestehenden Seite erklärt worden sei, daß für die Tötung von Dr. Liebknecht und Rosa Luxemburg 100 000 Mark von Scheidemann und Sklarz bereitgestellt worden seien. Der Angeklagte Sonnenfeld wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt und dem Nebenkläger die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Volkswirtschaftliches.

Neue Verkehrseinschränkungen im Herbst. Das Reichsverkehrsministerium gibt im Anschluß an den vergrößerten Sommerfahrplan — ab 1. Juni — bekannt, daß die Verkehrsschwierigkeiten noch lange nicht überwunden sind. Es sei im Gegenteil für den kommenden Herbst wieder mit einer bedeutenden Verkehrseinschränkung in der Personenbeförderung zu rechnen.

„Nur" Erhöhung der Eisenbahngütertarife. Die Münchener Abteilung des Reichsverkehrsministeriums teilte auf eine Anfrage der „München-Augsburger Abendzeitung" mit, daß nicht die Absicht bestehe, die Personentarife im Eisenbahnverkehr neuerdings zu erhöhen. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß die Eisenbahngütertarife noch weiter erhöht werden. Die Erhöhung werde sich wahrscheinlich zwischen 30 und 50 Proz. bewegen.

Die Ernteaussichten im Ausland. Wie die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates meldet, ist in den Vereinigten Staaten der Schnitt des Winterweizens im Süden im Zuge und breitet sich allmählich nordwärts aus. Die privaten Urteile über die Ernteaussichten des Mais lauten befriedigend. Die Roggenaussichten, die möglicherweise bei dem Mangel russischer bezw. Donau-Ueberschüsse für Deutschland wieder eine Rolle spielen, versprechen weniger gute Erträge als in den beiden letzten Jahren. Von Kanada meldet man eine außerordentlich gute und rasche Entwicklung des später als sonst gepflanzten Sommerweizens, der ebenfalls größere Erträge als im Vorjahre verspricht. Die Ernteaussicht wird auf 2,0 Millionen Bushels (a 27,2 Kilogr.) gegen 1777 Millionen in 1919 angenommen. In Argentinien ist das Ausfuhrverbot für Weizen bereits wieder aufgehoben, nach dem die von der Regierung beantragte Erhöhung des Ausfuhrzolles vom Senat angenommen und in Kraft getreten ist. Gleichzeitig damit erfolgte wieder eine scharfe Preisaufbesserung der vorher durch das Ausfuhrverbot empfindlich gedrückten Weizenpreise. Von Australien wird infolge der für australische Verhältnisse ungewöhnlich reichlichen Niederschläge während der letzten Monate eine starke Zunahme des Weizenanbaus gemeldet. Die Ernteaussichten in Frankreich werden auch in den neuesten Berichten als befriedigend bezeichnet. Der Anbau von Weizen ist gegenüber dem Vorjahre gestiegen, vergleichsweise noch mehr ist das für Hülsenfrucht, Roggen, Gerste und Hafer der Fall, die sämtlich mehr als in regelmäßigen Zeiten bei der Versorgung Frankreichs eine Rolle spielen. Die Bewirtschaftung des Brotgetreides gibt die französische Regierung zunächst nicht aus der Hand. Sie will im neuen Erntejahr das Getreide versuchsweise durch den Handel zu festgesetzten Preisen für sich aufkaufen lassen und erst wenn dies versagt, zur Beschlagnahme schreiten.

Berlin, 18. Juni. (Börse.) Auch heute war das Geschäft immer noch still und überwiegend abgeschwächt. Dabei waren Preisabschwächungen auf den Spekulationsgebieten vorherrschend. Kriegsanleihe blieb unverändert 79,75 Prozent, dagegen zog die Sparprämienanleihe erneut um 0,20 auf 91,20 Prozent an. Der Marktkurs, der zurzeit etwas über 12 Pfg. des Friedenswertes beträgt, erfuhr keine nennenswerte Veränderung.

Senator G. Harding,
Der amerikanische Präsidentschaftskandidat der republikanischen Partei.

Der Steuerabzug.

Unzulässigkeit von Lohn- und Gehaltszahlung dem 25. Juni?

Durch das W. T. B. wird folgende Mitteilung verbreitet:

— Berlin, 18. Juni. Von der zuständigen Stelle wird mitgeteilt: Die Bestimmungen über die Erhebung der vorläufigen Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn treten am 25. Juni 1920 in Kraft. Wer als Arbeitgeber Gehälter oder Löhne, die nach dem 25. Juni 1920 fällig werden, vor diesem Tage auszahlt, handelt nach § 5 der Reichsabgabenordnung unzulässig und ist nach § 50 des Einkommensteuergesetzes persönlich haftbar. Zudem macht er sich nach § 359 der Reichsabgabenordnung wegen Steuerhinterziehung strafbar.

Durch diese von „zuständiger" Stelle veranlaßte Bekanntmachung wird die herrschende Verwirrung über den Steuerabzug nur noch vermehrt. Erst vor wenigen Tagen hat ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums auf die Zulässigkeit der früheren Auszahlung hingewiesen, ja, wenn wir uns richtig erinnern, gerade dazu angeraten. Weiter hieß es in den erst kürzlich von amtlicher Seite herausgegebenen „neuen Bestimmungen", daß für diejenigen, deren Lohn erst am 25. Juni oder später ausbezahlt wird, dadurch gegenüber denjenigen, die den Lohn schon vor dem 25. Juni empfangen, keine Härte entstehe, weil es sich nur um die vorläufige Einkommensteuer handele und daher das, was jetzt zunächst weniger abgezogen werde, bei der endgültigen Veranlagung mehr bezahlt werden müsse. Diese Mitteilung ließ doch zweifellos eine frühere Auszahlung als möglich und häufig vorkommend erscheinen.

Warum nun plötzlich die Sinnesänderung der amtlichen Stellen? Ueberhaupt wer ist eigentlich diese „zuständige" Stelle, die ohne jede amtliche Bezeichnung die Oeffentlichkeit mit diesem Erlaß überrascht?

Aus einer früheren Auszahlung der Gehälter eine Steuerhinterziehung herauszukonstruieren, ist wohl kaum angängig. Ueberhaupt scheinen doch, wie auch das „Berliner Tageblatt" mit Recht bemerkt, die rechtlichen Voraussetzungen für die obige Bekanntmachung nicht als stichhaltig. Der genannte § 5 der Reichsabgabenordnung will eine Umgehung der Steuerpflicht verhindern. Es handelt sich hier aber doch nicht um die Steuerpflicht als solche, sondern um eine Zahlung, die in Anrechnung auf die Steuer vorgenommen wird. Die Anwendung des § 50 des Einkommensteuergesetzes würde voraussetzen, daß die Pflicht zum Abzug auch bei derartigen Zahlungen vor dem 25. Juni besteht.

Schließlich dürfte es der „zuständigen" Stelle doch auch bekannt sein, daß die Vorauszahlung der Gehälter auch für einzelne Beamtenkategorien in Aussicht genommen ist, und daß gerade erst nach Bekanntwerden dieser Absicht auch in Handel und Industrie der Entschluß gefaßt wurde, Lohn- und Gehaltszahlungen, die erst nach dem 25. Juni, insbesondere am 30. Juni fällig sind, schon vor dem 25. Juni auszuzahlen. Maßgebend für diesen Entschluß der Privatbetriebe war vor allem die späte Veröffentlichung der amtlichen Verordnung über den Steuerabzug, die Beschaffung der Steuerkarten, die notwendigen Verrechnungen usw. Anstatt nun der Allgemeinheit entgegenzukommen und die nötige Zeit zu belassen, um sich mit der umwälzenden Neuerung vertraut zu machen, und die nötigen Vorbereitungen treffen zu können, will die zuständige Stelle nun die Betriebe zwingen, sich in ihren Betrieben Hals über Kopf umzustellen.

Verwirrung über Verwirrung. Man wird gespannt sein dürfen, wie sich die „zuständige Stelle" aus der Affäre herauswinden wird. Besteht sie auf der Befolgung der jüngsten Bestimmungen, dann kommt es am 25. Juni zu einem Tohuwabohu, wie es schlimmer nicht sein kann. F.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— Präsident Fehrenbach verhandelt gegenwärtig mit den Demokraten über eine Beteiligung an einer Regierung der Mitte. Die Meinungen unter den Demokraten sind geteilt.

— Der Reichspräsident hat der Bevölkerung Flensburgs anläßlich der Rückkehr der zweiten Zone zum Mutterlande seinen Glückwunsch ausgesprochen.

— Infolge der Verhaftung von Arbeiterführern durch die Besatzungsbehörden droht in der Pfalz der Generalausstand.

— Aus Limburg werden neue Schandtaten der marokkanischen Truppen gemeldet.

— Die Polen haben den Geschäftsträger der Zentrale für Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien im westpreußischen Abstimmungsgebiet auf der Durchfahrt durch den polnischen Korridor verhaftet.

— Die dänische Regierung hat beschlossen, den Reichstag in einigen Tagen aufzulösen.

— Die türkischen Nationalisten sind bis auf 70 Kilometer auf Konstantinopel vorgedrungen. Die kritischen Truppen haben bei Ismid eine empfindliche Schlappe erlitten.

— Japan hat China notifiziert, daß es Verhandlungen über die Rückgabe Kiautschaus wünsche.

Die **gute** Ware liefert **Höhl**: Etagengeschäft in **Cassel**, große Rosenstr. **12**

Buchdruckerei
HUGO MUNZER
Fernruf 27 Rathausstr. 141 Fernruf 27

Anfertigung von
DRUCKSACHEN
FÜR HANDEL, GEWERBE u. INDUSTRIE
in sauberer und geschmackvoller Ausführung
zu angemessenen Preisen

Verlag d. Spangenberger Zeitung

Offene Beine
Krampfaderleiden, Geschwüre, Salzfluß, Flechten usw. behand. ohne Operation und ohne Berufsstörung
Habermann,
Heilpraxis f. Beinleiden
Cassel, Weißenburgstr. 5
Ecke Hohenzollernstraße
Sprechst. 9—1 u. 3—6, Sonntags 10—1.
20jähr. Erfahrung.
Glänz. Dauererfolge.

Ein
Füllofen
1 Eisenrolle
und
Lukenseil
(22 Meter lang)
zu verkaufen.
Wo? sagt die Expedition d. Bl.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen
Ortsgruppe Spangenberg.
Die Monatsversammlung
findet **Sonntag, den 20. d. Mts.,** mittags 1 Uhr der Gastwirtschaft **zum Hindenburg** statt.

Tagesordnung:
1. Es sind der Ortsgruppe verschiedene Partien von der Fürsorgestelle überwiesen worden. Mitglieder welche nicht erscheinen, können später berücksichtigt werden.
2. Zahlen der rückständigen Beiträge. Mitglieder, den Zahlungstermin versäumen, haben ein Ordnungsgeld von 20 Pfg. pro Monat mehr zu zahlen.
3. Wahl eines I. Vorsitzenden.
4. Mitteilung des Kammeraden Hildebrand von der legierten-Versammlung aus Cassel.
5. Die Mitgliedskarten sind unbedingt mitzubringen.
6. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorst.

20—30 Zentner gutes frisches
Heu
zu kaufen gesucht.
B. Ster

Von Langegasse bis Burgstraße am Dienstag Sa[illegible] **verloren.** Der Finder wird gebeten, ihn in der Ge[illegible] d. Bl. abzugeben.

L. Pfeiffer
Bankgeschäft,
Agentur Spangenberg
Vertreten durch Herrn Apotheker **M. Woelm.**
Postscheckkonto: L. Pfeiffer, Cassel Nr. 21.55 Frankfurt a. M

Vermittlung aller bankmäßigen Geschäfte.
Scheckrechnungen
Zinssatz 3%
Depositen- (Spar-) Rechnungen
Zinssatz 3 bis 4% je nach Kündigung.

Gemeinnütziger Kleinhaus-Bauverein „Eigene Scholle" Spangenberg.
Montag, den 21. d. Mts., abends 9 Uhr
Mitgliederversammlung
bei Herrn **C. Bertram.**
Diejenigen Mitglieder, welche Einzahlungen auf Bau-Conto oder Spar-Conto gemacht haben, werden gebeten ihre Einlagebücher mitzubringen.
Der Vorstand.

Einige komplette
Schlafzimmer
zu verkaufen.
H. Levisohn

Inserate
bis Dienstag Abend und Freitag mittag erbeten.

Warnung!
Ich habe in meinem Garten am Treppchen **Fußangeln** gelegt.
Hebeler.

Am Sonntag, den 20. Juni,

von **abends 8 Uhr** ab findet im **Valentin Siebert**'schen Saale ein
geschlossenes
Tanzkränzchen
statt.
Die ehem. Kriegsgefangenen.

J. Ziegler's
Privat-Handelsschule
CASSEL, Kölnischestraße 8
Fernsprecher 2590
Gegründet in Cassel 1898.

Täglich beginnen f. Personen **aller Stände** (Damen wie Herren) **neue Kurse** in **einfacher, dopp., amerik., landwirtsch. u. Hotel-Buchführung, Wechsel- und Handelslehre, Schön-, Rechtu. Briefschreiben, Rund- u. Lackschrift, Rechnen, Stenographie u. Maschinenschreiben.**

Der gute Ruf der Schule bürgt für einen sicheren Erfolg.
Lehrplan umsonst.

Jedes Quantum
Heidelbeeren
zu den höchsten Tagespreisen kauft
Brauns, Neustadt.

J. J. V. Sp.
Sonntag, den 20. Juni 1920, nachmittags 4½ Uhr findet im Vereinslokal ein
Vortrag
des Herrn Lehrer **Heilbrunn-Cassel** über „Unsere Gebete" statt.

Hessischer Bankverein.
Aktiengesellschaft. Abteilung Melsungen.

Erledigung aller bankmässigen Geschäfte.

Annahme von Spareinlagen zu günstigen Zinssätzen. An- u. Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Verlosungskontrolle, Stahlpanzerschrank.

Einziehung von Zins- u. Dividendenscheinen u. verloster Wertapiere. Uebernahme von Vermögensverwaltungen.

Einrichtung von Scheckkonten zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs.